



Solidarität mit der Q'eqchi'-Bevölkerung in El Estor

Schweizer Nickel-Mine in Guatemala: Massive Polizeigewalt und staatliche Repression gegen friedlichen Protest der indigenen Bevölkerung

Nach zwanzig Tagen des friedlichen Widerstandes gegen illegale Aktivitäten des Nickelunternehmens CGN/Pronico – Tochterfirma der Schweizer Solway Investment Group GmbH – begann am 22. Oktober die gewaltsame Räumung des Protestcamps der Maya Q'eqchi'-Bevölkerung durch die Polizei. Auch Journalist:innen und Menschenrechtsbeobachter:innen vor Ort werden bedroht und schikaniert und mussten El Estor aus Sicherheitsgründen zum Teil verlassen. Der am 24. Oktober ausgerufenen Ausnahmezustand (estado de sitio) über El Estor bietet der Regierung die Grundlage für die weitere Repression und Kriminalisierung der legitimen Proteste der Bevölkerung. Lokale Organisationen befürchten willkürliche Verhaftungen von indigenen Anführer:innen. Nur 10 Minuten nach Beginn der Ausgangssperre wurden die Räumlichkeiten des Gemeinschaftsradios Xyaab' Tzuultaq'a und der Menschenrechtsorganisation Defensoría Q'eqchi' von der Polizei und dem Militär umstellt und durchsucht.

25. Oktober 2021

Seit dem 4. Oktober hatten Mitglieder und Autoritäten der Q'eqchi'-Gemeinschaften von El Estor mit einem friedlichen Protestcamp dagegen demonstriert, dass sie von der Volksbefragung (Konsultation) zum Nickelbergbau-Projekt Fénix ausgeschlossen werden und dass CGN/Pronico trotz Suspendierung der Bergbau-Lizenz durch das Verfassungsgericht weiterarbeitet. Die Protestierenden blockierten deswegen den Lastwagen der Nickelfirma den Zugang zur Mine.

Nachdem die Polizei schon während Tagen mit hunderten von Einsatzkräften der Bereitschaftspolizei (*antimotines*) vor dem Protestcamp Präsenz markierte, begann sie am 22. Oktober mit Tränengasgeschossen gegen die demonstrierende Q'eqchi'-Bevölkerung vorzugehen; ein Minderjähriger musste ohnmächtig in den örtlichen Gesundheitsposten gebracht werden. Auch gegen Journalist:innen wurden Tränengaspelarden direkt auf den Körper abgeschossen¹. Zudem wurde ihnen verboten zu filmen. Mit dem Kreisen von Militärhelikoptern über El Estor – eine in Zeiten des Bürgerkriegs erprobte Strategie der Einschüchterung – wird das Klima der Angst intensiviert.

Die Regierung stellt sich klar auf die Seite des Nickelunternehmens: Vor der gewaltsamen Räumung des Protestcamps durch weitere Tränengasangriffe eskortierten staatliche Sicherheitskräfte Lastwagen von GCN/Pronico und Autos mit ausländischen Mitarbeitenden der Bergbaufirma. Die Regierung diffamiert den friedlichen Widerstand der Maya Q'eqchi' Bevölkerung öffentlich als gewaltsam und legitimiert so ein repressives Einschreiten.

2019 hatte das guatemalteckische Verfassungsgericht angeordnet, dass die Lizenz der Mine illegal vergeben wurde und die Aktivitäten der Mine innerhalb der Lizenz suspendiert werden müssen, bis eine Konsultation der von dem Projekt betroffenen indigenen Bevölkerung gemäss ILO-Übereinkommen 169 durchgeführt worden ist. Zu einer ersten offiziellen Versammlung des Konsultationsprozesses am 28. September 2021 wurden weder die Kläger:innen für eine Volksbefragung noch die legitimen indigenen

¹ Es ist nicht das erste Mal, dass die guatemalteckische Polizei Demonstrierende mit unangemessener Anwendung dieser als "nicht-letal" klassifizierten Waffe direkt angreift, so z.B. während der Demonstrationen vom 23. November 2020 in Guatemala-Stadt wo zwei junge Männer durch Tränengasgeschosse der PNC ein Auge verloren (<https://lahora.gt/dos-heridos-en-manifestaciones-estan-estables-pero-perdieron-un-ojo-ambos/>).

Repräsentant:innen (*autoridades indígenas*) vom Bergbauministerium eingeladen, sehr wohl aber das betroffene Nickelunternehmen CGN/Pronico, was ein klarer Verstoss gegen die ILO-Konvention 169 ist.

Wir beobachten die Entwicklungen in El Estor mit grosser Besorgnis und verurteilen das Vorgehen der guatemaltekischen Sicherheitskräfte und der Regierung. Unsere Solidarität gehört der Q'eqchi'-Bevölkerung, die sich mit friedlichen Mitteln dafür einsetzt, dass ihre Rechte respektiert werden.

Wir appellieren an die Schweiz, dass sie ihre Verantwortung endlich übernimmt: Die Besitzerin des Bergbauprojekts Fénix ist die Solway Investment Group GmbH mit Hauptsitz im schweizerischen Zug. Vertreter:innen von Schweizer Behörden stehen zwar in direktem Kontakt mit dem Bergbauunternehmen, unternehmen nach unserem Ermessen jedoch nicht genug, um die rechtliche Situation, sowie die Verletzung von Menschen- und Umweltrechten abzuklären und dafür zu sorgen, dass Menschenrechtsverletzungen durch den Schweizer Konzern in Guatemala verhindert werden. Die Schweiz ist somit mitverantwortlich für die aktuelle Gewalt gegen die indigene Q'eqchi'-Bevölkerung in El Estor, die eine der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen des ganzen Landes ist².

Wir fordern

- dass die Schweiz und die internationale Gemeinschaft, inkl. internationale Finanzinstitutionen vom guatemaltekischen Staat verlangen, dass er die Demonstrations- und Pressefreiheit respektiert und das gewaltsame Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen unverzüglich einstellt
- dass die Schweiz und die internationale Gemeinschaft, inkl. internationale Finanzinstitutionen vom guatemaltekischen Staat verlangen, dass der guatemaltekische Staat die Militarisierung des Gebietes und den dekretierten Ausnahmezustand (*estado de sitio*) für El Estor beendet
- die sofortige Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils betreffend der Mine Fénix und der Einstellung der Arbeiten von GCN/Pronico bis zur Durchführung einer Konsultation unter voller Beteiligung der betroffenen indigenen Gemeinden und mit unabhängiger internationaler Beobachtung
- dass sich die Schweizer Regierung für die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala und die Einhaltung des Urteils des Verfassungsgerichts ausspricht und sich die Schweizer Vertretung vor Ort für eine Deeskalation und friedvolle Lösung des Konflikts einsetzt
- dass die Schweiz sicherstellt, dass die Solway Investment Group GmbH und ihre Tochterfirmen in Guatemala keine Menschenrechtsverstösse begehen und anderenfalls sanktioniert werden.

Mit blossen «Erwartungen» gegenüber den Konzernen, mit «Dialog» und «Sensibilisierung» – so der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte – erfüllt die Schweiz ihre völkerrechtliche Verpflichtung, die Menschenrechte verbindlich zu schützen, nicht und missachtet so den Wunsch der Mehrheit der Stimmberechtigten, dass sich im Bereich der Konzernverantwortung etwas tut.

Am Mittwoch, 27. Oktober 2021, 13.15 Uhr thematisieren wir den Fall an einem virtuellen Side-event im Rahmen der OEIWG-Verhandlungen: [Impact of Mining in Guatemala: The Need for a UN-Treaty to access justice](#)

Weitere Informationen:

Guatemalanetz Bern | Flurina Doppler | koordination@guatemalanetz.ch | 077 477 03 83
Guatemalanetz Zürich | Alice Froidevaux | 079 417 24 14

[Nickelbergbau in Guatemala: Schweizer Firma schiebt Verantwortung ab](#) (Fallstudie von 2019).

Fotos: El Estor, 22. Oktober 2021 (Defensoría Q'eqchí)

² Siehe Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (2016). Más allá del conflicto, luchas por el bienestar. Informe Nacional de Desarrollo Humano 2015/2016. Guatemala, pp. 24-26. http://desarrollohumano.org.gt/wp-content/uploads/2016/04/INDH_Completo_digital-1.pdf

